

- das sozialistische Rechtsbewußtsein der Werktätigen und ihre Bereitschaft zur konsequenten, verantwortungsbewußten Einhaltung der Bestimmungen über Ordnung, Disziplin und Sicherheit weiterzuentwickeln, insbesondere die Verantwortung der Werktätigen für die Bekämpfung und Verhütung der Ursachen von Verlusten und Schäden in der Volkswirtschaft, für die Verbesserung der Arbeitsorganisation und für die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erhöhen;
- die Achtung vor Recht und Gesetz zur persönlichen Überzeugung eines jeden Bürgers zu machen und vor allem die Staats- und Arbeitsdisziplin weiter zu festigen;
- die Unduldsamkeit der Werktätigen gegenüber allen gesellschaftswidrigen Erscheinungen, Verletzungen der Normen des sozialistischen Rechts und der sozialistischen Arbeitsdisziplin zu vertärken;
- kriminelle Angriffe gegen das sozialistische Eigentum abzuwehren und die Verantwortung jedes Werktätigen für den Schutz und die Mehrung des sozialistischen Eigentums zu erhöhen;
- die Aktivität der Öffentlichkeit im Kampf für die sozialistische Rechtsordnung und gegen alle Rechtsverletzungen zu verstärken.

Zur Erhöhung der Wirksamkeit der rechtspropagandistischen Arbeit in Betrieben, Wohngebieten und vor der Jugend sowie in Wahrnehmung seiner Koordinierungsfunktion und seiner Leitungsverantwortung gegenüber den Bezirks- und Kreisgerichten, Schöffen und Schiedskommissionen verstärkt das Ministerium der Justiz seine Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand des FDGB, dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend und dem Nationalrat der Nationalen Front. Mit ihnen und im Einvernehmen mit den anderen zentralen Justiz- und Sicherheitsorganen wird gemeinsam nach Möglichkeiten und Wegen gesucht, wie die Juristen der Justizorgane in den Kreisen und Bezirken am zweckmäßigsten und wirkungsvollsten die Arbeitskollektive in den Betrieben und die vielfältigen Initiativen der Bürger in den Wohngebieten beim Kampf um die Anerkennung als „Bereich der vorbildlichen Ordnung und Sicherheit“ durch rechtspropagandistische Einflußnahme wirksam unterstützen können.

Das Ministerium der Justiz wird sich ferner über die Maßnahmen zur konsequenten Verwirklichung des sozialistischen Rechts durch die anderen Ministerien und zentralen Staatsorgane informieren. Es wird die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Entwicklung des Rechtsbewußtseins einschätzen und dem Ministerrat der DDR darüber zum Zwecke der Verallgemeinerung der fortgeschrittensten Erfahrungen bei der Verwirklichung der sozialistischen Gesetzlichkeit berichten. Mit Ministerien und anderen zentralen staatlichen Organen

sowie gesellschaftlichen Organisationen wird das Ministerium der Justiz Arbeitsberatungen und Erfahrungsaustausche durchführen und dabei die zentralen Schwerpunkte für die Rechtserläuterung vermitteln sowie bewährte Methoden der Rechtserläuterung verallgemeinern. Zugleich wird es die Wirksamkeit der rechtspropagandistischen Maßnahmen einschätzen und Empfehlungen für die weitere Tätigkeit auf diesem Gebiet unterbreiten.

Zur Verwirklichung des Beschlusses des Politbüros in der Tätigkeit der Bezirks- und Kreisgerichte, Staatlichen Notariate, Schöffen und Schiedskommissionen erhielten die Direktoren der Bezirks- und Kreisgerichte auf der Tagung des Ministeriums der Justiz am 5. Juli 1974 eine prinzipielle Orientierung. Die Gerichte und Staatlichen Notariate haben bereits große Anstrengungen unternommen, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Für die Zukunft kommt es verstärkt darauf an,

- das Niveau der Rechtsprechung und die erzieherische Wirkung der Verhandlungen zu erhöhen, weil die Entscheidungen in Arbeits-, Zivil-, Familien- und LPG-Rechtsverfahren sowie in Strafverfahren und das Gerichtsverfahren selbst eine große politisch-ideologische Bedeutung für die wirksame Durchsetzung sozialistischer Lebensgewohnheiten und die Vermittlung des politischen Inhalts des sozialistischen Rechts haben;
- die Verhandlungen vor erweiterter Öffentlichkeit zielgerichtet durchzuführen, geeignete Verfahren dafür auszuwählen und gut vorzubereiten;
- die Auswertung von Verfahren und die Erläuterung von Entscheidungen in Betrieben vor Arbeitskollektiven und in Wohngebieten sowie die Gerichtskritik zielstrebig zu nutzen, um die erzieherische Wirksamkeit zu erhöhen;
- vor den Werktätigen in Betrieben, vor Mitgliedern der Massenorganisationen, in Wohngebieten und Schulen sowie in Fachzeitschriften, in Tages- und Betriebszeitungen und in anderen Massenmedien wichtige neue Rechtsvorschriften und Entscheidungen der Gerichte mit hoher Qualität zu erläutern und praktische Rechtskenntnisse zu vermitteln;
- die Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte zur Durchführung einer wirksamen Rechtserläuterung zu befähigen und ihnen bei der praktischen Verwirklichung dieser Aufgabe die notwendige Unterstützung zu geben.

Das Ziel besteht jetzt darin, die aus dem Beschluß des Politbüros erwachsenden Aufgaben in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen sowie gesellschaftlichen Organisationen in guter Qualität und mit hoher Effektivität zu erfüllen und damit die sozialistische Staats- und Rechtsordnung der DDR weiter zu stärken.

Dr. HEINRICH TOEPLITZ, Präsident des Obersten Gerichts

Der Beitrag des Obersten Gerichts zur Stärkung und Festigung der sozialistischen Staatsmacht

25 Jahre Deutsche Demokratische Republik — das sind 25 Jahre Macht der Arbeiter und Bauern, eine Macht, die vom Volk ausgeht und dem Volk dient. Vom ersten Tage an von den Feinden des Sozialismus verleumdet und bekämpft, hat sich unser Staat dank der brüderlichen Unterstützung durch die Sowjetunion und seiner festen Verankerung in der sozialistischen Staatengemeinschaft zu einer stabilen Bastion des Sozialismus und des Friedens in Europa entwickelt.

„Unser Weg war und ist richtig. Jeder spürt das selbst. So gut und so sicher, wie wir unsere Republik aufge-

baut haben, so gut und so sicher leben wir in ihr. Die DDR und ihre Bürger sind eins, so wie Frieden und Sozialismus eins sind. Wir haben zuverlässige Freunde und Verbündete. Unser Land genießt internationale Autorität. Völkerrechtlich anerkannt und als Mitglied der UNO leistet die DDR einen konstruktiven Beitrag für Frieden und Sicherheit in der Welt.“/1/

/1/ Aus dem Aufruf des Nationalrats der Nationalen Front der DDR zum 25. Jahrestag, in: 25 Jahre Deutsche Demokratische Republik — ein Vierteljahrhundert Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus, Berlin 1974, S. 40.